Tägliche Omaha Tribüne

TRIBUNE PUBLISHING CO.—VAL. J. PETER, President.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 12½ Cents; durch die Post, bei Vorausbezahlung, per Jahr $6.00; sechs Monate $3.00; drei Monate $1.50.

Preis des Wochenblatts bei Vorausbezahlung $2.00 das Jahr.

1309 Howard Str. Telephon: TYLER 340. Omaha, Nebraska.

Des Moines, Ia., Branch Office: 407—6th Ave.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Dienstag, den 8. April 1919.

Die Wahl in Chicago

Die Stadtwahl in Chicago brachte viele Ueberraschungen, von denen die größte in der schweren Niederlage der örtlichen Prohibition besteht.

Die zweite Ueberraschung war die Wiederwahl von Mayor Thompson, nachdem ihn jede englische Zeitung bekämpfte, verhöhnte und als Landesverräter hinstellte.

Die dritte Ueberraschung war der Niedergang des sozialdemokratischen Votums. Es betrug nur etwa 25,000 Stimmen gegenüber 65,638 im vorigen Herbst, und 102,686 vor zwei Jahren. Es scheint, daß ein großer Teil dieses Votums zu Thompson überging, um ausschlaggebend zu sein.

Die vierte Ueberraschung war die, daß von den Frauenstimmen beinahe 100,000 auf den als Abschaum gekennzeichneten Thompson, über 100,000 auf den als demokratischen Parteiklepper und Korporationsdiener gekennzeichneten Schweitzer, aber nur wenig über 43,000 für den als gediegen und wohlanständig gepriesenen „Reformer" Hoyne fielen.

Keine Ueberraschung war es, daß Hinky Dink wieder als Alderman des 1. Ward in den Stadtrat gewählt wurde, dem er 28 Jahre ununterbrochen angehört. Er überdauert alle sogenannten Reform-Administrationen.

Die Bürgerschaft Chicagos hat sich mit der ganz überwältigenden Mehrheit von beinahe 250,000 Stimmen dagegen erklärt, daß der Getränkeausschank in der Stadt eingestellt werde.

Das Merkwürdigste an der Sache ist aber wohl das, daß die Frauenstimmen die Mehrheit zu der riesigen Höhe anschwellen halfen. Je drei von je fünf Stimmengeberinnen stimmten gegen Prohibition, hier von je vier auf Stimmgebern.

Dieses Resultat ist eigentlich nur von ganz geringer lokaler Bedeutung. Es bedeutet praktisch für die Stadt Chicago weiter nichts, als daß sie nicht schon am 1. Mai statt erst am 1. Juli „trocken gelegt" wird, wie der landesübliche Ausdruck lautet.

Mit Recht aber wird dem Resultat nationale Bedeutung beigelegt. Wenn die Bürger der Metropole des Westens und der zweitgrößten Stadt des Landes sich in so unverkennbarer Weise gegen Prohibition aussprechen, so ist das ein sehr deutlicher Fingerzeig.

Die Gegner der Prohibition erachten denn auch die Chicagoer Wahl als die erste Schlacht in einem neuen mit allen verfügbaren Kräften zu führenden Kriege gegen Prohibition. Die ersten Schritte zu einer allgemeinen Mobilmachung dieser Kräfte sind auch schon getan worden.

Neuer Mut und neue Siegesgewißheit sind bei den Prohibitionsgegnern durch das Chicagoer Resultat eingekehrt.

Aufsehen erregender Artikel

In der jüngsten Ausgabe der New Republic, dessen Hauptredakteur der allgemeiner Ansicht bisher enge Beziehungen zu Präsident Wilson aufrechterhielt, erschien an erster Stelle der folgende Aufsehen erregende Artikel:

„Eins ist sicher inmitten eines Ozeans von Ungewißheit. Wenn sich die Alliierten und Amerika in der Krisis, zu der Karolyi das Signal gegeben hat, so verhalten, wie sie sich gegen Rußland seit der Revolution und gegen Mitteleuropa seit Abschluß des Waffenstillstandes benommen haben, dann schwindet jede Hoffnung auf Ordnung in der Welt auf Jahrzehnte hinaus. Sie werden überhaupt niemals einen Frieden zustande bringen, denn das Abkommen, welches schließlich aus dem Wirrwarr hervorgehen wird, wird von andern Männern geschlossen werden, und zwar auf Grundlagen, welche für die bestehenden Regierungen ganz und gar außer Betracht kommen. Es ist tatsächlich äußerst zweifelhaft, ob das Vermögen, Frieden zu machen, noch in Paris besteht. Es ist eine offene Frage, ob das Zentrum der wirklichen Gewalt in Europa nicht bereits schon auf Arbeitern, Bauern und Soldaten einer internationalen Revolution übergegangen ist. Sicher ist, daß es sich auf dem Wege dazu befindet, und daß es sich schnell diesem Ziele nähert, weil sich der Einfluß von Paris in dem Maße verringert, als die Massen des Kontinents gewahr werden, daß sich hinter dem Schleier des Geheimnisses der Verhandlungen in Paris ein totes Ringen nationalen selbstsüchtigem Interesse und schwachem Wohlwollen verbirgt. Friede kann in Paris nur dann geschlossen werden, wenn die revolutionären Völker schnell durch Beweise davon überzeugt werden, daß die hochtönenden Gewänder für den Krieg nicht die gewöhnliche Scheinheiligkeit der Staatsmänner, sondern der Ausfluß ernster Ueberzeugung gewesen sind. Diese letzten vier Monate haben ihnen alle Gründe zum Zweifel daran gegeben und wenig Anlaß zum Vertrauen. Sie haben gesehen, wie die Staatsmänner unwillig, unfähig und ängstlich waren, den Tatsachen ins Angesicht zu schauen. Sie haben sie als Opfer einer selbstsüchtigen Propaganda gesehen, die sie sich von ihren erregten Stimmungen haben fortreißen lassen, aber ersichtlich ihrer imperialistischen Ziele unbeweglich geblieben sind. Aber noch mehr als das, sie haben gesehen, wie sie gegenüber Mitteleuropa Fehler der Fehler gemacht haben und genau in derselben Weise und genau aus denselben Gründen, wie sie die Sache betreffs Kerensky's verpfuscht haben. Es ist kein Wunder, wenn die revolutionierenden Völker, die nur noch ihr Vertrauen zu verlieren haben, dieses schließlich auch noch verlieren werden. Wenn Präsident Wilson nicht bald die Luft reinigt, wenn er die Lage nicht packt mit beiden Händen faßt und sie aus der lähmenden Unentschlossenheit rüttelt, aus ihrem unfruchtbaren Lamentieren, Pläneschmieden und kritischer Sabotage, so wird die Tiefe seines Falls nur nach der Höhe seiner Ziele, die er proklamiert hat, zu bemessen sein. Ein sehr kühner Schlag kann Europa noch retten. Doch dieser Schlag muß erfolgen ohne Rücksicht darauf, was er für Entrüstungsschreie in den Kanzleien und den Propaganda-Ministerien hervorrufen wird."

Ex-Kaiser gegen Generäle verbittert

Sagt, daß ihm die Wahrheit vorenthalten wurde.—Hoffnung auf eine Rückkehr erst nach langer Zeit aufgegeben.—Mit dem Ex-Kronprinzen zerfallen.

Von Karl H. von Wiegand,

(Stabskorrespondent der Omaha Täglichen Tribüne und der N. Y. „Sun". Copyright 1919; alle Rechte vorbehalten.)

Amerongen, Holland, 7. April.—Lange nach seiner Flucht aus Wien nach Holland hat sich Wilhelm der Zweite immer noch an den Gedanken geklammert, daß er wieder Kaiser werden und an die Spitze der Nation treten werde, und es dauerte viele Wochen, ehe er die Hoffnung schließlich aufgab. Dies ist die Meinung aller derjenigen, die in seine Nähe kamen und mit ihm gesprochen haben. Sie erklären, daß sein Haar weiß geworden und seine Augen eingesunken sind, daß er an Gewicht verloren hat und seine Haut infolgedessen eingeschrumpft ist und einen pergamentartigen Ausblick bietet. Ergeht er sich im Schloßpark, so erweckt er mit seiner hängenden Kleidung, die ihm nicht mehr recht paßt, den Eindruck, als ob er bereits die schwerste Strafe erlitten hat, die ihm die Alliierten auferlegen können.

Ein Mann, der dem Ex-Kaiser nahe kam, sagte mir, er sehe aus, als „ob er von Wolken in die Hölle gestürzt wäre." Nach seiner Ankunft in dem Schloß des Grafen Bentinck redete der gestürzte Monarch oft Stunden lang, aber seit er sich dessen bewußt geworden, daß sein Sturz eine unabänderliche Tatsache ist, wurde er deprimiert, und es gibt Zeiten, in denen er lange kein Wort äußert.

Wenn er einmal spricht, was er nur periodenweise tut, dann ist es über das Thema „was hätte sein können", wobei das Wort „wenn" die Hauptrolle spielt. „Wenn" er die Tatsachen gekannt hätte, „wenn" er richtig informiert worden wäre, „wenn" er nicht von Jedermann getäuscht worden wäre usw.

Der frühere Kaiser ist unglaublich erbittert gegen seine früheren Berater, seine Umgebung und Freunde. Er ist der personifizierte Haß gegen seine Staatsmänner und Diplomaten. Wenn er von ihnen spricht, wird er fast rasend und schon die Erwähnung einer derselben versetzt ihn in Wut.

Daß er von allen denen aufgegeben und verlassen worden ist, die früher um ihn herumschwänzelten, schmerzt ihn tief, und er spricht von deren Feigheit und Undankbarkeit. Sie alle haben mich belogen und getäuscht, rief er aus. Jeder einzelne von ihnen hat mich fast bis zum letzten Augenblick belogen und enttäuscht. Erst im letzten September sagte mir Ludendorff, wie es in Wirklichkeit stand.

Gegen Generäle erbittert.

Kürzlich erklärte der Ex-Kaiser einem Besucher gegenüber, den er hatte rufen lassen, mit großer Heftigkeit: „Mein General— Ich gab Ihnen den Pour le Merite Orden. Ich habe Sie mit Auszeichnungen überschüttet, aber Sie belogen, täuschten und hintergingen mich und verließen mich dann und gaben mich auf. Sie sind ein undankbares Geschöpf."

Demselben Mann gegenüber erklärte er bei einer anderen Gelegenheit: „Ein General mit 100 Mann hätte die Revolution in Berlin unterdrücken können, aber nicht ein einziger besaß den Mut, seine Hand zu erheben."

Um die Bitterkeit des Ex-Kaisers gegen seine Generäle zu verstehen, muß man einige der persönlichen Mitteilungen über die Ereignisse lesen, welche sich am 9. November im Großen Hauptquartier abgespielt haben. Sie wurden für Archive geschrieben und ich habe Einblick in dieselben genommen. Im allgemeinen findet man, wenn Leute ein sinkendes Schiff verlassen, oder von einer verlorenen Sache abrücken, immer noch etwas Würde, aber es scheint an diesen verhängnisvollen Tagen in der Umgebung des Ex-Kaisers sehr wenig würdevoll hergegangen sein. Mit Ausnahme eines einzigen, verließen sie ihn alle mit dem Rat, daß er fliehen sollte. Sie sagten ihm, daß 3000 Rote im Anmarsch seien, um ihn im Hauptquartier festzunehmen, und teilten ihm mit, daß sie nicht länger seine persönliche Sicherheit gewährleisten könnten. Nach Mitternacht wurde er schließlich zur Flucht gedrängt und morgens um 5 Uhr über die Grenze geschoben. Als der Ex-Kaiser erfuhr, daß vieles von dem, was man ihm gesagt hatte, gar nicht wahr gewesen ist, verbiß er sich in den Gedanken, daß er, wäre er geblieben, die Lage hätte retten können.

Diejenigen, welche ihn gesehen haben, erzählen mir, daß der Ex-Kaiser zuweilen benommen und unklar im Denken erschiene. Man hat mir erzählt, daß er vor kurzem einen Besucher, den er sehr gut kannte, nicht erkennen konnte. „Wer sind Sie denn überhaupt, einer von diesen verfluchten Diplomaten?" Das schrie er laut und eilte davon.

Einem anderen Besucher gegenüber bejammerte er die Tatsache, daß die deutschen Generäle nicht 24 Stunden länger gewartet hätten, ehe sie um Waffenstillstand nachsuchten. Er sagte: „Italien war nahe daran, zusammenzubrechen und wurde uns in weiteren 24 Stunden um Frieden gebeten haben. Ein Kurier war bereits mit einem solchen Gesuch in Bern eingetroffen."

Auf die Frage seines Besuchers, wie er glauben könnte, daß Italien nach der Kapitulation von Oesterreich um Frieden nachsuchte, kam die Antwort: „O, das habe ich nicht gewußt, das hat man mir nicht gesagt." Aber plötzlich zeigte er wieder Spuren seines alten glänzenden Geistes, als er mit seinem Besucher ein Kapitel von Professor Roland Mathers Buch über den Pangermanismus besprach, welches in Amerika erschienen ist und kürzlich in Holland abgedruckt wurde. Dieses Buch führt den Titel: „Die Probleme im Osten" und enthält die Behauptung, daß vor einigen Jahren eine ungeschriebene Allianz zwischen Amerika, England und Frankreich gegen Deutschland gebildet worden sei, mit der Vereinbarung, daß, im Falle eines deutschen Krieges, Amerika sich auf die Seite der Gegner schlagen und alles tun wolle, um ihnen beizustehen.

In diesem Buch, so heißt es, erblickt der Ex-Kaiser die Rechtfertigung für seine Ansicht, daß Amerika unter allen Umständen in den Krieg eingetreten sein würde, ganz gleichgiltig, was Deutschland getan oder zu tun beabsichtigt hätte. Infolgedessen soll er das Gefühl hegen, daß er, da er den Eintritt Amerikas nicht verhindern konnte, er für den Krieg nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Ex-Kronprinz erbittert.

Was die Beziehungen des Ex-Kaisers zu dem früheren Kronprinzen angeht, so scheint das gemeinsame Schicksal die beiden einander nicht näher gebracht zu haben, vielmehr sollen ihre Beziehungen heute schlimmer sein als je zuvor. Man sagt, der Sohn sei darüber erbittert, daß ihn die falsche und blinde Politik seines Vaters den Thron und seine Zukunft gekostet haben.

Auf der anderen Seite soll der Kaiser darüber erbittert sein, daß der frühere Kronprinz nie den richtigen Ernst gezeigt habe. Dagegen hat sich Letzterer eine große Anhänglichkeit an seine Mutter bewahrt, aber als er kürzlich um die Erlaubnis ersuchte, nach Amerongen kommen zu dürfen, um sie zu sehen, soll der Ex-Kaiser in Wutausbrüche verfallen sein, und als der Ex-Kronprinz vor einigen Tagen die Bitte wiederholte, erhielt er von dem Leibarzt die Antwort, der Zustand des Ex-Kaisers lasse es nicht geraten erscheinen, die Angelegenheit unter den gegenwärtigen Umständen auch nur zu erwähnen.

Die gewinnende Persönlichkeit der Ex-Kaiserin.

Wenn auch der Ex-Kaiser von allen verlassen wurde, so ist ihm doch eine Freundin geblieben, seine Gattin. Ihr Takt, ihre Resignation und ihre Hingabe haben ihr jedermanns Liebe im Schloß gewonnen. Sie braucht nur den Ex-Kaiser mit ihrer sanften Stimme beim Namen zu rufen und ihm die Hand auf den Arm zu legen, um ihn zu beruhigen. Als ich den früheren Kronprinzen letzte Woche in Wieringen besuchte und meine Blicke auf ein Bild der Ex-Kaiserin richtete, sagte er: „Die Mutter ist wunderbar", und aus dem, was ich bisher vernommen habe, ist leicht zu ermessen, was er damit gemeint hat.

Immerhin wird die Aufgabe der Ex-Kaiserin immer schwerer. Eine Zeit lang wurde der Ex-Kaiser von dem Gedanken verfolgt, daß Holland dem Druck der Alliierten nachgeben und ihn ausliefern werde, aber diese Befürchtung scheint etwas geschwunden zu sein, zumal Holland heute nicht mehr so sehr darauf erpicht ist, ihn wieder los zu werden, wie das früher der Fall war. Ich konnte feststellen, daß in allen holländischen Kreisen die Stimmung gegen die Auslieferung ist, es sei denn, er müsse unter dem Gesetze, welches die Auslieferungen von Verbrechern vorsieht, ausgeliefert werden. Die Holländer sind stolz darauf, daß sie nie eine Persönlichkeit ausgeliefert haben, welche bei ihnen Schutz gesucht hat, wenn es nicht Gesetz und Verträge erheischten.

Bentincks Schloß wird Tag und Nacht von zehn Soldaten bewacht und für den Notfall stehen auch Reserven bereit. Seit Amerikaner in einem Automobil aus Brüssel nach Amerongen kamen, wurden die Sicherheitsmaßnahmen noch verstärkt. Wie verlautet, hatten diese Amerikaner eine Wette gemacht, daß sie den Ex-Kaiser sehen würden, eine Wette, die sie aber verloren.

Die Streiklage in Deutschland

Im Rhein- und Ruhrgebiet ist die Lage wieder ernst geworden; Spartaker wieder sehr tätig.

Von Karl H. von Wiegand,

(Stabskorrespondent der Täglichen Omaha Tribüne und der N. Y. „Sun". Copyright 1919; alle Rechte vorbehalten.)

Im Haag, 4. April.—Die Streiklage im deutschen Rhein- und Ruhrgebiet ist wieder ernst geworden, und in Berlin ist man über Gerüchte und Meldungen in Aufregung, welche behaupten, daß die Spartaker einen umfassenden Angriff auf das vornehme West-End und den Tiergarten machen wollen. Die hungernden Massen glauben nämlich, daß sich in den Küchen und Kellern der vornehmen Häuser große Vorräte von Eßwaren finden ließen und die Führer der Radikalen gebrauchen dieses Argument, um die Massen aufzureizen.

Die Regierung ist demgegenüber nicht ohne Sorge, weil sie einen Teil ihrer Truppen nach Osten werfen mußte, um die dortigen Streitkräfte zu stärken oder zum Teil zu ersetzen, nachdem diese an gewissen Stellen der Front mit den Bolschewiki fraternisiert hatten. Gerade auch dieser Umstand hat das Vertrauen auf die Soldaten schwer erschüttert.

Eine schwache Regierung.

Trotz der sie von allen Seiten umbrandenden Gefahren ist die Regierung nicht in sich selbst gefestigt, und zwischen den einzelnen politischen Führern werden die Kämpfe mit aller Entschiedenheit fortgesetzt, wobei jeder von ihnen bereit ist, aus einem Mißgriff seiner Gegner Vorteil zu ziehen. Daß Ernst Daumig, einer der radikalen Führer, von der Regierung unter dem Druck der Radikalen, welche mit einem Generalstreik drohten, wieder in Freiheit gesetzt wurde, ist ein charakterisches Anzeichen für ihre Schwäche.

Ein besonderer Kampf spielt sich um die Beherrschung der Auslandspolitik ab. Es gibt da eine von Graf von Brockdorff Rantzau, dem gegenwärtigen Auslandsminister, geführte Partei, und eine zweite, an deren Spitze Mathias Erzberger, der Minister ohne Portefeuille und Leiter der deutschen Waffenstillstands-Kommission, steht. Durch die in Spa geführten Verhandlungen wird dieser Streit eher verschärft als vermindert, und von den Entwickelungen, welche sich morgen in Spa ergeben werden, dürfte es abhängen, ob Graf Brockdorff-Rantzau im Amt bleibt oder nicht.

„Mein Freund Erzberger."

Für die Kampfmethoden, die in diesem politischen Streit angewandt werden, ist eine Aeußerung, die dem Marschall Foch in den Mund gelegt wird und angeblich von einem Schweden, der in Spa war, in Umlauf gesetzt worden sein soll, sehr bezeichnend. Sie lautet: „Wenn die Deutschen mir nur meinen Freund Erzberger schicken, dann wird die Frage von Danzig zu unserer vollsten Zufriedenheit gelöst werden. Der sagt zu allem, was ich sage, Ja und Amen."

Die Wirren, die sich in Frankfurt am Main abgespielt haben und schwere Ausschreitungen im Gefolge hatten, werden in Berlin auf die Reduktion der Kartoffel-Ration von 5 auf 3 Pfund zurückgeführt. Auch ist es sicher, daß bei Unruhen und der Unrast im Ruhrgebiet der Nahrungsmittelmangel als Hauptursache zu Grunde liegt, und um diesen zu beheben, schicken England und Holland bedeutende Vorräte, welche gestern und heute in aller Eile in dieses Gebiet gebracht wurden.

Dem bevorstehenden Arbeiter- und Soldaten-Kongreß von ganz Deutschland, welcher in Berlin zusammentreten wird, sieht man in der deutschen Hauptstadt mit einer gewissen Nervosität entgegen, in der fast gewissen Ueberzeugung, daß er nichts Gutes bringen werde.

Interessantes aus der Bundeshauptstadt

(Eigenbericht.)

Washington, D. C., 7. April. — Ein hervorragender demokratischer Politiker aus Allentown, Pa., der mit einem Kabinettsmitglied eng befreundet sein soll, hat bei seinem Aufenthalt in hiesiger Stadt sich zu einer Wette von $1,000 gegen $500 bereit erklärt, daß die Kriegs-Prohibitions-Order am 1. Juni widerrufen werden würde; nationale Prohibition kraft des Amendements zur Konstitution der Vereinigten Staaten werde jedoch am 16. Januar 1920 in Kraft treten. Aus Pennsylvanien stammen zwei Kabinettsmitglieder, der Arbeits-Sekretär William Bauchop Wilson, der früher Sekretär-Schatzmeister der United Mine Workers of America war und dann sich der Landwirtschaft in Bloßburg, Pa., widmete, und der neue General-Anwalt Mitchell Palmer. Von wem die Nachricht stammt, ließ sich nicht feststellen, doch ist kaum anzunehmen, daß der Arbeits-Sekretär dem Manne aus Allentown als Gewährsmann für eine derartige Information gegolten haben würde.

Dem Präsidenten und seinem General-Anwalt steht eventuell das Recht zu, Kriegs-Prohibition für unnötig zu erklären. Doch ist anzunehmen, daß eine Entscheidung des Bundes-Obergerichts bezüglich der Konstitutionalität der betreffenden Verfügung des Kongresses vor dessen Inkrafttreten am 1. Juli erfolgen wird. Sie dürfte, wie allgemein angenommen wird, im verneinenden Sinne ausfallen. Wie sicher Elihu Root, der Anwalt der Gegner von Kriegsprohibition seiner Sache ist, wurde bereits mitgeteilt. In Verbindung damit kann berichtet werden, daß Repräsentant James A. Gallivan von Massachusetts gleich nach Zusammentritt des 66. Kongresses in Extra-Session eine Resolution dem Hause unterbreiten will, die Widerruf von Kriegsprohibition verfügen soll. Die Chancen der Passierung sind nicht so ungünstige, wie man auf Grund früherer Erfahrungen mit unseren Volksvertretern vielleicht anzunehmen berechtigt ist. Einige bisherige Schleppenträger der Anti-Saloon League haben ein etwas stärkeres Rückgrat bekommen und haben nicht mehr die Höllenangst vor ihrer Herrin und Gebieterin wie vorher. Dazu hat nicht wenig die zerschmetternde Niederlage beigetragen, welche die Stadt Chicago bei ihrer Municipal-Wahl am 1. April der Prohibition bereitet hat. Von je 5 Bürgern stimmten vier und von je 5 Bürgerinnen drei gegen den Vorschlag, Chicago vom 1. Mai ab trocken zu legen. Der dortige Superintendent der Anti-Saloon League erklärte, seine Vereinigung habe nicht in den Kampf für oder gegen Trockenlegung der Stadt eingegriffen, weil auf Grund des Kongreß-Erlasses das Land vom 1. Juli ab so wie so unter Kriegs-Prohibition komme.

Ob der Vorschlag des Repräsentanten Gallivan, der in den Kongreß-Abgeordneten Mahlon M. Garland, Henry J. Steele und Arthur G. Dewalt von Pennsylvanien, sowie in verschiedenen Mitgliedern der New Yorker und der Chicagoer Delegation lebhafte Befürworter findet, eine Untersuchung der Methoden und der finanziellen Mittel der Anti-Saloon League zu beschließen, im Hause die nötige Unterstützung finden wird, erscheint indessen mehr wie zweifelhaft. Soweit geht die Emancipation der Mehrheit der Repräsentanten von der Herrschaft der Mucker-Vereinigung doch nicht. Es ist der letzteren übrigens nicht gelungen, ihren Gesetzgebungs-Aufseher, Dr. E. C. Dinwiddie, der seit vierzehn Jahren im Kapitol herumstänkert, den Vereinigten Staaten als „Prohibition Law Enforcement Commissioner" aufzuhängen. Die „Barkley Bill", welche Kriegs-Prohibition durchführen sollte, hatte in ihrer ursprünglichen Fassung die Kreirung eines solchen Amtes vorgesehen. Aus politischen Gründen war die diesbezügliche Bestimmung jedoch vom zuständigen Komitee des 65. Kongresses fallen gelassen worden. Die Gesetz-Vorlage des Vertreters Kentucky's gehört bekanntlich zu den unerledigten Geschäften des verflossenen Kongresses. Der „Prohibitions-Gesetz-Durchführungs-Kommissär" wurde abgetan, weil die Einzelstaaten mit steigendem Unwillen die zunehmende Einmischung der Bundes-Regierung in ihre Polizeigewalt betrachten und dagegen in unzweideutiger Weise sich verwahrt haben. Dieser Opposition mußten Konzessionen gemacht werden, und deshalb wurde beschlossen, die Durchführung von Kriegsprohibition, sollte sie wirklich in Kraft treten, den einzelnen Staaten zu überlassen ohne einen „Enforcement Commissioner."

Ein anderer böser Schlag für die Anti-Saloon League war die Ankündigung General-Anwalt Palmer's, das Justizdepartement werde in Zukunft auf die Mithilfe freiwilliger privater Vereinigungen zur Aufspürung von Gesetzverletzungen verzichten. Da die Anti-Saloon League keine offizielle Stellung irgend welcher Art hat, betrifft die Ankündigung auch sie. Die Bundes-Regierung wird sich in Zukunft frei von inoffiziellen Schnüfflern, Spionenriechern und Informanten halten. Anklagen und Beschuldigungen von Agenten der Anti-Saloon League werden daher beim Justizdepartement keine Gegenliebe finden. Der Ansicht des neuen General-Anwalts zufolge verstößt Aufspürung angeblicher Gesetzverletzungen durch Privat-Personen und freiwillige Organisation gegen die Prinzipien demokratischer Regierung, bildet eine ernste Gefahr für sie und erschüttert das Vertrauen des Publikums in die Tüchtigkeit der Behörden; letzteres aber wäre ein Hauptfaktor bei Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

Die neue Japan-Gefahr-Sensation ist verpufft. Die mexikanische Regierung stellt in Abrede, daß Japanern große Landgebiete in Nieder-California, der Landzunge, welche die Magdalena-Bai von dem Pacific trennt, verkauft oder selbst verpachtet worden sind. Das Gesetz verbiete den Verkauf von Ländereien an Ausländer, wenn sie von einer Grenze weniger als 60 und von einer Meeresküste weniger als 30 Meilen entfernt seien. Da Nieder-California eine sehr schmale Landzunge ist, würde die Abtretung großer Landgebiete daselbst, man sprach von achtmalhunderttausend Acres, auf Grund des angeführten Gesetzes einfach unmöglich sein. Es war schon früher an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine Strömung in den Ver. Staaten eingesetzt hat, um Mißstimmung gegen Japan hervorzurufen. Das ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Das amerikanische Volk hat keine Lust dazu, seine Haut zu Markte zu tragen, lediglich um die Annektionsgelüste, die gewisse Leute auf mexikanisches Gebiet haben, zu befriedigen. Es gibt sehr bedeutende amerikanische Interessen in unserer Nachbarrepublik. Herr Hearst besitzt daselbst angeblich eine Ranch von einer Million Acres; die Rockefellers, die Guggenheims und Arbuckles haben große Oel- und Bergwerks-Konzessionen, während der Amerikaner John Hays Hammond, der schon im Transvaal bei dem Jameson'schen Einfall eine Rolle gespielt hatte, gleichfalls in Mexiko finanziell stark engagiert ist. Er war bekanntlich nach der frevelhaften Neutralitätsverletzung, die mit einem Freibeuterzuge verzweifelte Aehnlichkeit hatte, wegen Hochverrats von der Regierung Paul Krüger's zum Tode verurteilt worden, dann aber zu fünfjähriger Haft begnadigt worden. Schließlich wurde er nach Zahlung von $125,000 in Freiheit gesetzt. Auch Deutsche und Briten besitzen mexikanische Ländereien und Konzessionen. Die Japaner haben angeblich nur einige Fischerei-Gerechtsame an der Küste von Nieder-California sich gesichert. Auch Norweger haben solche erhalten. Es war vor noch nicht langer Zeit behauptet worden, die Japaner hätten in Mexiko ungefähr 200,000 Soldaten angesiedelt oder in verschiedenen Berufen tätig, die jederzeit zum Militärdienst verwendet werden könnten. Das war ebenfalls Erfindung. In Mexiko gibt es kaum 2,000 Leute aus Japan, darunter 300 Frauen und Kinder; 800 Japaner arbeiten in den Bergwerken, 400 auf dem Lande, 200 sind Hausdiener und 300 betreiben Geschäfte oder sind Handwerker, Fischer usw. Die Regierung der Ver. Staaten würde gut daran tun, die Leute bloszustellen, die mit Hilfe des japanischen Schreckgespenstes auf die Nerven des amerikanischen Volkes wirken.

* * *

Am Donnerstag, den 10. April, wird Senator Hitchcock von Nebraska, der Vorsitzer des Senatsausschusses für auswärtige Beziehungen im 65. Kongreß, im Metropolitan Opera House in Philadelphia die erste Gelegenheit haben, mit dem Leiter der zur Bekämpfung des Völkerbundes kürzlich gegründeten „League for Preservation of American Independence", Herrn George Wharton Pepper, eine rhetorische Lanze zu brechen. Senator Hitchcock hat sich in einem Briefe an die Liga darüber beschwert, daß sie nur Gegner der „League of Nations" mit Einlaßkarten versehe. Das ist indessen bestritten worden. Inzwischen hat der Konstitutions-Entwurf des Völkerbundes verschiedene Aenderungen erfahren, die zwar nicht seine grundlegenden Prinzipien beeinträchtigen, aber den Wortlaut residieren und die Vorschläge berücksichtigen, welche von Ex-Präsident Taft und anderen Freunden des Liga-Projekts hierzulande gemacht worden sind. Man hat sich bemüht, bei der Revision der Liga-Verfassung alle Einwände zu entkräften, die dagegen gemacht wurden, und die Fassung klar und deutlich zu gestalten, daß unrichtige Auslegungen nicht mehr denkbar sind.

Von Bedeutung ist eine Pariser Depesche der New York „World", der zufolge in Groß-Britannien die Ueberzeugung an Boden gewinnt, daß Deutschland so bald wie möglich zu dem Völkerbund zugelassen werden muß, wenn das ganze Projekt Erfolg haben soll. Eine Ausschließung Deutschlands würde nicht allein die Liga schwächen, sondern auch in Deutschland Unversöhnlichkeit hervorrufen, was eine Fortsetzung des Krieges unvermeidlich machen würde. Wäre man nach dem Bürgerkrieg den Unversöhnlichen gefolgt, so würde eine Wiedervereinigung von Nord und Süd verhindert worden sein. Trotz ihrer Niederlage hätten sich die Südstaaten niemals auf eine Probezeit eingelassen.

Zu denjenigen, welche der „League of Nations" gegenüber aus einem Saulus zu einem Paulus geworden sind, gehört auch der frühere General-Anwalt George W. Wickersham, der sich im Dezember nach Paris begab. Er wurde durch die chaotischen Zustände in Europa von der absoluten Notwendigkeit eines Völkerbundes überzeugt, dessen entschieden Gegner er früher gewesen war. Auch der frühere Staats-Sekretär Elihu Root ist kein prinzipieller Gegner des Völkerbundes, doch will er eine vollständige Revision seiner Verfassung. Der Führer der Liga-Verteidiger hierzulande, Senator Hitchcock, hat erklärt, die Root'schen Vorschläge wären undurchführbar. Sie unterscheiden sich übrigens nicht wesentlich von denen des früheren Präsidenten Taft, welche bei der Revision gebührende Berücksichtigung gefunden haben. Nach Senator Kenyon von Iowa ist der Mittelwesten für den Völkerbund, doch mit einer revidierten Konstitution.

* * *

Der Generalstabs-Plan einer regulären Armee von 509,000 Mann für die Friedenszeit erfreut sich nicht der Unterstützung der Mehrheit der Mitglieder des Haus-Komitees für militärische Angelegenheiten. Allem Anscheine nach wird diese Armee auf eine Friedensstärke von 250,000 Mann gebracht werden. Eine solche bietet keine Verwendung für Reserve-Offiziere, außer wenn sie dem Fliegerkorps angehören. Unsere reguläre wird in Zukunft außer Kavallerie, Infanterie und Artillerie eine vierte Waffengattung haben—die Flieger. Die Mitglieder des Fliegerkorps sind fast sämtlich Reserveoffiziere und gehören nicht der regulären Armee an. Sie haben Chance, in den regulären Verband übernommen zu werden. Als Sachverständiger wird von dem Komitee General-Major Leonard Wood vernommen werden, der nicht nach Frankreich geschickt wurde, angeblich weil seine Beziehungen zu Roosevelt das nicht wünschenswert machten. Er befürwortet eine Armee-Organisation, die gewissermaßen das Gerippe für große Reserve-Formationen bilden soll, die jeder Zeit zur Dienstbereitschaft verpflichtet sein müßten. Geteilt sind die Ansichten darüber, ob allgemeine militärische Ausbildung eingeführt werden soll. Man stößt sich an die Kosten und namentlich an den Anstrich von Militarismus, der dadurch dem Lande gegeben werden würde.

— Abonniert auf diese Zeitung.